

Hamburg. 20. August 1921.
Preis: 2.25 A.
Abonnements: 10 A.
Redaktion:
Hamburg 11, 1. Etage.
Telefon: 235 A.
Verlag:
Hamburg 11, 1. Etage.
Telefon: 235 A.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 A. abends sowie Sonns und Festtags 30 A.

Anzeigen:
Preis: 2.25 A.
Abonnements: 10 A.
Redaktion:
Hamburg 11, 1. Etage.
Telefon: 235 A.
Verlag:
Hamburg 11, 1. Etage.
Telefon: 235 A.

Nr. 388.

Samstag, den 21. August 1921 - Morgen-Ausgabe.

35. Jahrgang.

Die Goldwerte.

Von Dr. Alfred Striemer.

Man zerbricht sich den Kopf, wie in Deutschland die ungeheuren Lagen aufgebracht und die Notensprelle zum Stillstand gebracht werden soll. Trotzdem man weiß, daß alle Preis-Erhöhrungen für lebensnotwendige Waren, Rohstoffe, Zucker, Kolonialwaren, Jüchshölzer, Leuchtstoffe usw., daß die Erhöhung der Umsatzsteuer, Tabak- und Biersteuer, Wohnungsteuern usw. Lohnsteigerungen zur Folge haben müssen, und diese Lohnsteigerungen weitere Erhöhungen der Warenpreise, der Gehälter und Löhne und damit die Neuausgabe von Papiergeld nach sich ziehen, greift die bevorstehende Steueraktion wiederum zu den sogenannten indirekten Steuern.

An die Besitzsteuer traut man sich nicht richtig heran, weil man glaubt, daß man auf die Neubildung von Kapital durch die jetzige bestehende Überschicht nicht verzichten kann. Kapital zu bilden und anzulegen, war bis heute Beruf des kapitalistischen Publikums, das auch Träger der Spekulation an den Börsen und Banken ist. Würde man die Kapitalgewinne aus unserer Wirtschaft erheben, dann müßte man neues Kapital, das zur Inangriffnahme der Wirtschaft ja notwendig ist, aus Ersparungen bei den Arbeitseinkommen bilden und der Wirtschaft für produktive Zwecke zur Verfügung stellen.

Nun ist der Gedanke diskutiert worden, die Goldwerte zur Leistung heranzuziehen. Wir verstehen unter Goldwerten jene Güter der Wirtschaft, die einst mit Goldmarkt hergestellt oder gekauft wurden. Ein Handwerker, der sich mit 10.000 A. 1914 eine Werkstatt neu eingerichtet hat und diese Werkstatt nach dem Kriege in Benutzung nahm, kann diese heute zu einem Papiermarktwert, der das 10- bis 20fache beträgt, verkaufen, weil die Möglichkeit gegeben ist, den 10- bis 20fachen Betrag heranzuziehen. Wer sich heute eine gleiche Werkstatt neu einrichten will, muß mindestens 10.000 A. jetzt 300.000 A. befragen. Für viele Kreise, die sich früher mit kleinen Ersparnissen wirtschaftlich selbständig machen konnten, ist heute diese Möglichkeit nicht mehr gegeben, wodurch die alten Besitzer von einer neuen Konkurrenz befreit bleiben und privilegierte Stellungen erhalten. Das gilt nicht nur für eine kleine Werkstatt, sondern für alle Produktionsmittel, das gilt für Villen und Eigenhäuser, für den Grundbesitz, Bergbau, Handelsbetrieb, landwirtschaftlichen Betrieb usw.

Ehen wir von den Liebhäusern und den Seltenheitswerten (Briefmarken, Kunstwerke, seltene Tiere und Stoffe, Villenbauten usw.) ab, so bestimmt sich im Markt der Wert, d. h. der Tauschwert durch den Ertrag, den das Gut abwirft. Ein Fabrikgebäude mit Inventar, das ein Millionen Gehalt haben mag, ist nur Altschrott und Stein wert, wenn in ihm keine gewinnbringende Fabrikation aus irgendwelchen Gründen mehr möglich ist. Eine Kiesgrube mag früher einen erheblichen Ertragswert gehabt haben. Wenn die in der Nähe liegende Kleinhäfen wegen mangelnder Rentabilität den Betrieb einstellt, sinkt der Wert der Kiesgrube unter Umständen auf Null.

Die sogenannten Goldwerte bestehen also nur dort, wo sich ein Ertrag ergibt, der die Geldentwertung ausgleicht, so daß der Besitzer ein Vielfaches der früheren Bodens- und Kapitalrente erhält. Wir wissen, daß Goldkapital, das 1914 zur Spar-Lasse gegeben wurde, das in Hypotheken oder Pfandbriefen, in festverzinslichen Staatspapieren usw. angelegt ist, heute weniger Zinsen bringt, als 1914, und heute in Papiergeld ausgetauscht wird. Da das Papiergeld aber nur den 14. bis 15. Teil der Kaufkraft des Goldes besitzt, sind diese Besitzer ehemaliger Goldwerte in geradezu grauenerregender Weise expropriert worden. Der 1914 ein Gehalt von 500 A. erhielt, heute 2000 A. hat, ist durch die Geldentwertung in furchtbarer Weise in dem Wert seiner Arbeitskraft, für deren Qualität er Tausende an Löhnen, Schule und Erziehung geopfert hat, gekürzt, er ist in seinem Kapitalbesitz „Arbeitskraft“ ebenfalls furchtbar expropriert worden.

Wir haben es also hier mit zwei Momenten zu tun, dem Ertrag aus der Arbeitskraft, dem Arbeitseinkommen, und zweitens dem Ertrag aus dem Besitz, der Kapital- oder Bodensrente.

Der Ertragswert der Arbeitskraft wird bestimmt durch die Qualifikation, durch den Seltenheitswert der Kraft (schützliche Kräfte sind seltener als mittelmäßige oder Durchschnittskräfte). Für die große Masse der Durchschnittskräfte bestimmt sich das Einkommen nach der Macht der Organisation, die die Höhe des Existenseinkommens im Kampfe erstrebt. Diese Einkommen werden an der Quelle steuerlich erfaßt.

Der Besitzer von Produktionsmitteln und Boden zahlt Steuern nach dem Uberschuß, nach dem Reingewinn oder Rohgewinn, sofern er diesen erklärt anweist. Wenn er seinen Angestellten zum Beispiel nur das fünffache des Friedensgehaltes zahlt, so wird er sein eigenes Arbeitseinkommen für seine leitende Arbeit eigentlich aus nur mit dem fünffachen seines Friedensgehaltes in Anrechnung bringen dürfen. Nun bezieht er aber weitere Einkommen aus Kapital, das heißt aus den vorzeitig erworbenen Produktionsmitteln. Dieser Ertrag gleicht sich aber wesentlich schon an die Höhe des Ertrages der Produktionsmittel an, die mit Papiergeld erworben sind und die zum Anschaffungspreis in Papiergeld verzinst werden müssen. Hier wird deutlich durch Differentialentnahme zwischen der Besitzer aller Boden- und Sachgüterwerte verfahren. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß diese Gewinne der Allgemeinheit zufallen haben, und daß bei Wegnahme der Liebergewinne genau so expropriert werden müssen, wie es bei der festverzinslichen Geldkapitalien durch die Rückzahlung in Papiergeld geschehen ist. Ungeheuer zu bedauern ist, daß dies nicht schon längst durchgeführt ist.

Wenn wir den Weg gehen wollen, daß wir von Reichs wegen auf alle alten Werte, Grund und Boden, und Produktionsmittel Zwangshypotheken eintragen, so wird die Folge sein, daß die belasteten Schuldner die Hypothekenzinsen in die Produktionskosten wie die anderen Steuern einrechnen und die Warenpreise durch eine entsprechende Erhöhung die Belastung übernehmen, so daß die Verbraucherschaft sie wiederum tragen muß.

Über noch eine andere Differentialrente spielt eine erhebliche Rolle, in der Landwirtschaft die Bodenqualität und die Mäsköhe, die Ertragskraft an Transportkosten, in der Industrie die Nähe der Kraft- und Rohstoffquellen und der Standort zu den Verkehrsmitteln, die Qualität der technischen

Einrichtungen usw. Hier hat der eine Betrieb vor dem anderen von vornherein schon in den günstigeren Produktionsverhältnissen gemündende Vorzugsstellungen.

Unser heutiges Steuersystem arbeitet aber mechanisch, es fragt nicht und kann nicht fragen nach den Quellen der Gewinne. Der Gewinn aus volkswirtschaftlich höchst nützlicher Tätigkeit wird genau so belastet wie der Gewinn aus volkswirtschaftlich schädlicher Tätigkeit.

Deshalb müssen wir andere Wege gehen. Die Heranziehung zu den Lagen muß unter Mitwirkung gemeinwirtschaftlicher Körperschaften erfolgen, die die Verhältnisse in den Fachgebieten genauestens kennen und die Differentialrenten feststellen können. Diese Fachkörper, die von den Vertretern der Planwirtschaft seit langem gefordert werden, wären geeignete Organe, um die mechanische Steuerbelastung elastisch zu machen und sie vor allem produktionsfördernd wirken zu lassen. Solange wir nicht zu einer richtig aufgestellten Planwirtschaft kommen, so lange werden wir auch aus dem schädlichen Kreislauf nicht heraus gelangen und werden die Arbeiter und Kleinrentner, Rentner und Arbeitslosen sein, auf die die riesigen Steuerlasten abgemalt werden.

Republikanische Verantwortung.

Unter diesem Titel läßt Bernhard Kauff jeht Schriftleiter unseres Cottbuser Parteiblattes, ehemals Reichs-Rostes, eine Schrift erscheinen, in der er Darlegungen über den „Zwang zur Koalitionspolitik“ veröffentlicht, in dem Sinn er zur Zeit der Reichsversammlung gewirkt hat. Demals hat Kauff mit einer kleinen Minderheit ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei auf jeden Fall durchsetzen wollen, und der Zeitpunkt kurz vor dem Parteitag ist wohl auch nicht gerade abgesehen zur Vernehmung solcher Gedanken gewirkt.

Unsere Leser wissen, mit wie kritischer Einstellung wir zur Zeit der Stegerwaldschen Regierungsbildung die Taktik unserer Breitenfraktion verfolgt und den Standpunkt vertreten haben, daß man sie „Niemals!“ sagen solle in einer Koalitionsfrage, die als politischer Zwang täglich vor uns treten kann. Kauff hat insofern recht, wenn er sich in seiner Schrift u. a. auf das „Hamburger Echo“ bezieht. Was er vergißt, ist lediglich, daß auch wir aufs nachdrücklichste die Meinung vertreten haben, ohne Verkenntnis zur Republik sei keine Partei für uns bindungsfähig. Ein derartiges Verkenntnis, eines derartigen Verpflichtung zu den demokratischen Staatsnotwendigkeiten aber hat die Volkspartei nach niemals, und am wenigsten in den Verhandlungen zur Regierungsbildung, abgegeben. Im Gegenteil: Diese Partei, die die Propaganda für die Monarchie programmatisch sich zu eigen macht, kann ohne Gefahr, daß ihr die Wähler nach rechts entwischen, lediglich eine solche Erklärung kaum abgeben.

Um so weniger ist ein Grund für die weitere Propagierung der Koalition mit der „Volkspartei“ innerhalb der Partei einzusehen. Wenn auch der Reichstag Parteitag gut tun wird, den nach abweichenden Köpfen Befehl in dieser Frage zu revidieren, so kann ein Zusammengehen mit der Partei des „Wiederaufbaues“ in einer Regierung doch überhaupt nur in zwei Fällen für uns in Frage kommen: wenn es die Lebensnotwendigkeiten des Volkes unumgänglich erscheinen und wenn sich die Kapitalistenpartei dazu verheißt, ausreichende Sicherungen zu geben in Bezug auf Demokratie und Republik. Offensichtlich macht das Volk selbst in der Zukunft durch seine Entscheidungen unmissig, daß hierüber gesprochen und in öffentlicher Diskussion gemacht wird.

*) Verlag Rastische Volksstimme, Cottbus.

Der Völkerverbund und die Entscheidung über Oberschlesien.

„Echo de Paris“ glaubt aus gut unterrichteten Kreisen mitteilen zu können, daß der Völkerverbund, im Gegensatz zu den in der Presse erscheinenden Meldungen, nicht nur zwischen zwei Parteien zu wählen haben wird. Er sei in der Arbeit unbeschäftigt, abgesehen vom Friedensverträge von Versailles und der Volksabstimmung. Es scheine dem Völkerverbund frei, wenn er es für notwendig halte, zu prüfen, ob die Volksabstimmung unter den vom Vertrag vorgesehenen Bedingungen vor sich gegangen ist. Nach Regelung dieser Frage könne er die Ergebnisse der Volksabstimmung, wie er es für nötig halte, auslegen. Auch könne er ergänzende Untersuchungen anordnen. Er könne ganz Oberösterreich Deutschland oder Polen zugeteilt, er könne eine Teilung anordnen und könne das Grenzgebiet teilen, oder einer Partei ganz zuweisen. Nach Erledigung der Untersuchungen werde der Völkerverbund sein Gutachten abgeben; aber ein schiedsrichterliches Gutachten. Frankreich habe sich moralisch verpflichtet, es anzunehmen. Es sei indessen selbstverständlich, daß Frankreich, wenn das Gutachten gegen die Lebensinteressen des Landes verstoße, die Möglichkeit habe, seine Durchführung zu verhindern, indem es etwa aus dem Völkerverbund austrete, wie es im vorigen Jahre die argentinische Republik machte. Es sei indessen anzunehmen, daß das Gutachten des Rates von den Beteiligten angenommen werde.

Nach einer Meldung des „Journal“ begab sich der zum Reichspräsidenten für die Sitzung des Völkerverbundes am 20. August ausreisende spanische Vertreter Quintana Leon nach Madrid, um sich vor der Übernahme des Amtes mit der Regierung in Verbindung zu setzen.

Stimmungen und Verstimnungen.

Rudolf Breitscheid, der sich seit einigen Wochen in Paris aufhält, veröffentlicht in der Sonntags-Abendausgabe der „Freiheit“ einen Leitartikel „Stimmungen und Verstimnungen“. Er weist darauf hin, daß die große Masse der französischen Bevölkerung noch immer sich vor einem neuen Lieberfall Deutschlands fürchtet. Man hat geglaubt, daß dieses Sieges aber nicht recht froh. Man ist sich, trotz allen Sieges auf die Leistungen der französischen Arme, darüber klar, daß ohne die Hilfe der Alliierten die verheerende Niederlage sicher gewesen wäre, und nun fragt man sich, ob ein neuer deutscher Lieberfall noch einmal die ganze Welt zur Unruhe vereinigen werde. In diesen Lieberfall glaubt ein wichtiger Teil Frankreichs unbedingt, und wir müssen ja offen zugeben, daß die fortgesetzten deutschen nationalen Demonstrationen solchen Ansichten immer wieder neue Nahrung zuführen. Die Gegenorganisation unserer französischen Genossen, vortrefflich von unfrem Feindblatt, dem „Republikain“ geführt, steht auf der denkwürdigen Schwierigkeiten, solange die Dubendorff, Wangenheim und wie sie alle heißen mögen, das große Wort führen dürfen. Selbst in Arbeiterkreisen lebt noch die Lieberzeugung, daß die Schwächung Deutschlands Gebot der Selbstbehaltung sei.

In Rumänien einbringenden beruchten vom Sunger getriebene holländische Abteilungen. Der Minister hat jedoch den russischen Flüchtlingen ab jetzt den Eintritt nach Rumänien zu verweigern.

Offener Brief an die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.

Sektion der Kommunistischen Internationale, Hamburg.

Sie haben uns mit Ihrem Schreiben vom 18. August für eine angebliche Zusammenfassung der örtlichen Lohn- und Gehaltsbewegung Vorschläge gemacht. Sie nennen Ihren Vorschlag eine Vorbereitung zur Herstellung einer Einheitsfront zum Kampfe für eine Erhöhung aller Löhne, Gehälter und Unterhaltungen. Sie wollen als ersten Schritt zu der von Ihnen angeblich angestrebten Einheitsfront eine gemeinsame Demonstration.

Zur Herstellung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront bedarf es Ihres Eingreifens wirklich nicht; sie ist längst da, denn wir haben eine einheitliche freigewerkschaftliche Arbeiter- und Angestelltenbewegung, die ihren Ausgang im ADGB und AFA findet. Sie haben, ohne die von Ihnen anberaumte Sitzung abzuwarten, bereits in der „Hamburger Volkszeitung“ vom Freitag, 19. August, mit einem besonderen erneuten Angriff auf die gewerkschaftlichen Grundzüge und die gewerkschaftliche Taktik den an uns gerichteten Brief veröffentlicht. Das entspricht Ihrer sonstigen Vorgehensweise, die Sie gegenüber der Gewerkschaftsbewegung einschlagen, weil nach den bisher gemachten Erfahrungen Ihnen gar nicht daran liegt, wirklich eine einheitliche Aktion herzustellen, sondern die gewerkschaftliche Tätigkeit auf jeden Fall und mit jeden Mitteln herunterzureißen. Beweis: Das von Ihnen an die Aktionsausschüsse und Betriebsräte gerichtete Antwortschreiben, das der hiesige Arbeitgeberverband beziehungsweise eher besagt, als Ihre eigenen Funktionäre.

Diese Art der Arbeiterschaft zu „dienen“, ist in den Kreisen der hamburgischen Arbeiterschaft durchaus bekannt. Sie ist so verwerflich, daß die denkende Arbeiterschaft für Ihre entmenschten Handlungen nur Ablehnung findet. Wir könnten aus diesem Grunde sowohl über Ihr Schreiben als auch über die von Ihnen im Anhang Ihres Schreibens geübte Kritik gütlich zur Tagesordnung übergehen, ohne daß dadurch in den Kreisen der arbeitenden Gewerkschaftler eine Beunruhigung entstehen würde. Wenn wir dennoch Gelegenheit nehmen, auf Ihren öffentlichen Angriff öffentlich zu antworten, so deswegen, um Ihnen die Möglichkeit zu der von Ihnen so viel gerühmten und von Ihnen beliebten Geschichtsfälschung auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung von vornherein zu nehmen. Sie verlangen in Ihrem Schreiben, daß wir uns zu Ihren Forderungen klar und deutlich äußern; das soll hiermit geschehen.

Was Sie uns hinsichtlich der Forderung der arbeitenden Bevölkerung erzählen, sind Fiktionen, die Sie wirklich nicht nötig hatten, uns zu unterbreiten. Sie haben diese Fiktionen übrigens nicht auf sich selbst, sondern aus den Kommentaren der Gewerkschaftsorgane zur Wirtschaftslage zusammengeklüppelt. Sie haben aber bisher noch nicht den Beweis geliefert, daß Sie bereit und fähig sind, die Gewerkschaftsbewegung in ihrem wirklich tatkräftigen Streben nach einem Erben der wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeitnehmerschaft tatkräftig zu unterstützen. Im Gegenteil! Sie waren bestrebt, alle Mittel und Wege, selbst die der Verleumdung und der Täuschung, anzuwenden, um die Schlagkraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu beeinträchtigen. Die Gründung der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale, die Zellenbildung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die lediglich auf eine Schwächung der Organisation hingen, beweisen es. Sie hätten der Arbeitnehmerschaft wirklich gebietet, wenn Sie für die Bildung dieser Zellen und Zellenvereine aufgewandten Kräfte dazu benutzt hätten, die Gewerkschaften in ihren zielbewussten Handlungen im Interesse der Arbeitnehmerschaft zu unterstützen. Sie taten es nicht, weil Sie kein Interesse daran hatten, der Arbeitnehmerschaft tatkräftig zu helfen, deswegen kein Interesse daran haben, weil Ihnen dadurch die Aussicht genommen ist, aus parteipolitischen Gesichtspunkten heraus Teile der Gewerkschaftsbewegung parteipolitisch einzufüllen.

Sie haben in Ihrem Schreiben der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Arbeiter sich bemühen müssen, einen Ausgleich gegen die Forderung herbeizuführen. Bevor Sie diese funktionslose Weisheit entbeden, haben die Gewerkschaften auf diesem Gebiete wie üblich, ohne viel Kräfte nach außen, positive Arbeit geleistet. Eine ganze Reihe von erfolgreich durchgeführten Lohnbewegungen beweisen es. Was Sie an Vorschlägen hinsichtlich der Durchführung des Kampfes um die Befreiung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeitnehmerschaft, insbesondere der hamburgischen, unterbreiten, ist längst durch die gewerkschaftlichen Taten überholt. Die Verleumdungsfähigkeit, die Sie bisher der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber beweisen haben, entbehrt Ihrer Vorschläge, durch eine Massenkaktion Verbesserung der Lohn- und Gehaltsbedingungen herbeizuführen. Bei Ihrer Unkenntnis der gewerkschaftlichen Grundzüge und der gewerkschaftlichen Taktik brauchen Sie nicht zu wissen, daß die Durchführung der erforderlichen Lohnbewegungen Aufgabe der einzelnen Verbände ist, denen hierbei die Pflicht obliegt, die Solidarität der gesamten Arbeitnehmerschaft hochzuhalten.

Sie brauchen auch nicht zu wissen, daß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor dem Erscheinen Ihres Briefes beauftragt worden ist, den Verbänden im einzelnen und in ihrer Gesamtheit in der bevorstehenden Lohnbewegung jegliche Hilfe zu leisten. Schließlich brauchen Sie als gleichem

Ortsauskunft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

J. A. John Ehrentelt.

Ortskartell des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

J. A. Franz Andresen.

Der Skandal von Lübeck.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner Sonntagsausgabe eine Aufzählung aus Lübeck über die Reichskriegsorgane. Es heißt darin u. a.: „Das im dritten Jahre der Republik die Arbeiter und die Säuglinge reihenweise durch Tuberkulose und Unterernährung hingemordet wurden, während die Urheber des deutschen Glücks tauschende Feste feiern, ist nun einmal Tatsache. Daß aber der Staat und die Steuerorgane der Armen helfen müssen, den monarchistischen Trübel zu unterdrücken, darüber müßte man einmal auf den Tisch des Reichstages schlagen. Man müßte die Regierung fragen, wer den staatlichen Bahnhöfen in Lübeck mit Hunderten von monarchistischen Fahnen gesandt hat, wer der Reichswehr erlaubt hat, eine Regimentsmusik vom Reichswehrregiment 6 auf einen Bergungsdampfer

Grund nicht zu wissen, daß die eingeleiteten Verbindungen mit den Angestellten und Beamten aufrechterhalten sind, um der Bewegung durch eine geschlossene, parteipolitisch neutrale Einheitsfront aller Lohn- und Gehaltsempfänger einen um so größeren Erfolg zu sichern.

Wir sehen zur Sicherung der Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft nicht allein eine Aufgabe der Gewerkschaften darin, eine prozentuale Lohnforderung aufzustellen, an deren Durchführung Sie selbst nicht glauben und deren Höhe bei Ihnen nicht von gutem Gewissen, sondern von der Bosheit, die der Roten Bevölkerung parteipolitisch auszunutzen, diktiert ist, sondern wir wollen auch, daß mehr denn je die idealen Bestrebungen der deutschen Arbeitnehmerschaft in den Vordergrund getreten werden. Wir wollen, daß die aus Unfall-, Alters- und Invalidenrenten bestehenden Einkommen, die lange hinter der Forderung zurückgeblieben sind, sowie die Unterhaltungen bei Erwerbslosigkeit und Krankheit, gesteigert werden. Die Gewerkschaften haben bereits ihren Einfluß bei den Verwaltungsbehörden im Reich, in den Ländern und Gemeinden dahin benutzt, daß diese sich ihrer Pflicht gegenüber diesen Kollektiven bewusst sind. Die Gewerkschaften haben dazu beigetragen, daß die Verwaltungsbehörden zur Erfüllung dieser Pflicht die erforderlichen Maßnahmen mit Eile betreiben.

Ihnen ist bekannt, daß die Gewerkschaften die neuen Steuerpläne, die vorliegen, vorwiegend den Verbrauchern belastend, entschieden bekämpfen, weil dieser Weg zu ungeheuren Preissteigerungen, die den Reallohn der Arbeitnehmerschaft wieder herabdrücken, führt. Sie wissen, daß die freien Gewerkschaften bei den politischen Parteien entsprechend eingewirkt haben und daß gerade Sie, die kommunistische Partei, sich von angeblichen Verpflichtungen gegenüber den Gewerkschaften und den gezeigten Körperlichkeiten gedrückt haben. Sie heucheln der Arbeiterschaft also etwas vor, wenn Sie den Glauben zu erwecken suchen, daß gerade die KPD, die geeignete Instanz ist, die Arbeitnehmerschaft vor weiterem Druck zu wahren, und Sie benutzen diese Dinge nur, um einen erneuten verlogenen Angriff auf die Gewerkschaften anzuknüpfen. Sie haben bisher nicht den Beweis geliefert, daß Sie die wirtschaftlichen Bestrebungen der Gewerkschaften zu unterstützen beabsichtigen. Ihre Tätigkeit gegenüber den Gewerkschaften beweist das. Sie interessieren sich nur deswegen für die Gewerkschaftsbewegung, weil Sie in der Gewerkschaftsbewegung die Möglichkeit sehen, sich ein parteipolitisches Rekrutierungsfeld zu schaffen. Ihre Aufrichtigkeit gegenüber den Gewerkschaften wird blickartig durch die Tatsache beleuchtet, daß der Vertreter der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale, Schumacher, Berlin, am 20. Mai 1921 in Jena erklärte, die KPD würde vor einer Fortsetzung der Gewerkschaften nicht zurücktreten, wenn es nicht gelänge, die Gewerkschaften Massenauslieferung. Dazu ist die Gewerkschaftsbewegung jedoch allen erprobten Gewerkschaften zu schade, um die Gewerkschaften parteipolitisch auf die bekannten 21 Mosauer Thesen festlegen zu lassen. Die geradezu leichtfertige Weise, wie Sie den Gewerkschaften Vorschläge machen, ergibt sich aus dem, daß Ihre Vorschläge verfaßt sind von einem Mann, der die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erst im Mai 1920 erkannte und bereits nach siebenmonatiger Mitgliedschaft infolge gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden mußte.

Die Forderungen, die die Gewerkschaftsbewegung für ihre Gewerkschaftsmittelglieder aufzustellen beabsichtigt, beschließen die Gewerkschaften. Die Taktik, die die Gewerkschaften einzuführen haben, um die aufgestellten Forderungen in die Wirklichkeit umzusetzen, bestimmen die Mitglieder der Gewerkschaften. Die Maßnahmen, die zur Hebung der Lage der deutschen Arbeitnehmerschaft beitragen können, werden lediglich von den Gewerkschaftsmittelgliedern selbst bestimmt. Die Gewerkschaftsbewegung muß um ihrer selbst willen es ablehnen, sich ihre Grundzüge und Taktik von einer Partei vorschreiben zu lassen, die nicht nur vollkommen verständnislos der Bewegung gegenübersteht, sondern die auch anstatt einer Förderung dieser eine fette Verunglimpfung der Gewerkschaftsmittelglieder betreibt.

Wir sind davon überzeugt, daß die überwiegende Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer Deutschlands, ganz besonders aber die hamburgische Arbeitnehmerschaft, volkstümliches Verständnis dafür hat, daß wir uns nicht unter die Direktiven einer Partei wie die KPD stellen, bei denen der Funke in der Arbeitnehmerschaft herrschende Grundfals von Treu und Glauben nicht zu Hause ist.

Wir lehnen daher auch ab, der von Ihnen anberaumten Sitzung beizuwohnen, und wollen, zum Nutzen aller Lohn- und Gehaltsempfänger, Sie auch unter Bezug auf die Gewerkschaftsbewegung in der glänzenden Isolierung belassen, in der Sie sich bisher befunden haben.

zu stellen, auf dem der General von Geering mit dem Kriegerverein die Rüste abfährt, um monarchistische Demonstrationen zu veranstalten; wer den Soldaten der Republik schwarz-weiß-rot angeheftet und vor ihnen befohlen hat, „Heil dir im Siegerkranz“ zu spielen. Man stelle ferner die Frage, wer dem Schiff „Panther“ von der Reichsmarine gelastet hat, den Verantwortlichen der monarchistischen Demonstrationen Ehrenbezeugungen und offizielle Begrüßungen zu erteilen. Wer den Kapitänleutnant und Kommandeur des „Panther“ ermächtigt hat, die Monarchisten und den alten General offiziell und in Galauniform willkommen zu heißen, wer beim Dissee-Flottenkommando die „Deutsche Zeitung“ befehligt, die in den Kabinen der Schiffe den Matrosen aufgesaugen wird, während man vergeblich nach einem bürgerlich-demokratischen Blatt, geschweige nach einem sozialdemokratischen Blatt sucht.

*) Diesen Ausgleich beobachten wir bei den Kursen der Börsenpapiere.